

EKvW online vom 20.06.13, epd

Christliche Pflicht, Menschen in Not aufzunehmen NRW-Kommunen stellen sich auf 1.000 syrische Flüchtlinge ein / Weltflüchtlingstag am 20.6.



Syrisches Flüchtlingscamp an der türkischen Grenze. Foto: Public Domain (VoA, Henry Ridgwell)

SCHWERTE/PADERBORN - Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen bereiten sich darauf vor, in der nächsten Zeit mehr als 1.000 Flüchtlinge aus Syrien aufzunehmen. Das Land nehme die von der Bundesregierung eingegangene Aufnahmeverpflichtung von insgesamt 5.000 Schutzbedürftigen sehr ernst, erklärte der Arnberger Regierungspräsident Gerd Bollermann (SPD) am Mittwoch in Schwerte. Die Caritas appellierte unterdessen an die Bundesregierung, mehr syrische Flüchtlinge aufzunehmen.

Insgesamt seien in Syrien sechs Millionen Menschen auf der Flucht vor dem Bürgerkrieg, davon hätten 1,6 Millionen ihre Heimat verlassen, erklärte der Mitarbeiter des Flüchtlingshilfswerks [UNHCR](#), Norbert Trosien. Die Bundesrepublik werde vorrangig Menschen aufnehmen, die in den Libanon geflohen seien, sagte der Vertreter der UNO-Flüchtlingsorganisation bei einer gemeinsamen Veranstaltung der Bezirksregierung Arnberg und dem Institut für Kirche und Gesellschaft der westfälischen Landeskirche.

Im Unterschied zu Asylbewerbern haben die syrischen Flüchtlinge einen Anspruch auf Arbeit, wie Sabine Löchner vom NRW-Innenministerium erläuterte. Die Vertreterin des NRW-Innenministeriums sprach angesichts der zu erwarteten Zahl von Flüchtlingen von einer "Herausforderung für die Kommunen". Bisher habe man im Rahmen des Resettlement-Programms für Flüchtlinge aus dem Irak jährlich nur 360 Menschen aufgenommen.

Der theologische Vizepräsident der westfälischen Landeskirche, Albert Henz, erinnerte an die christliche Pflicht, Menschen in Not aufzunehmen. Zugleich bot er die Hilfe der Kirche bei der Eingliederung der Menschen an.

Die von Bund und Ländern vereinbarte Zahl von 5.000 Bürgerkriegsflüchtlinge sei angesichts des massenhaften Leids und der Belastung bei den syrischen Nachbarländern "eine fast lächerliche Zahl", kritisierte der Direktor des Caritasverbandes des Erzbistums Paderborn, Josef Lüttig, laut einer Mitteilung der Caritas vom Mittwoch. Der Umgang in Deutschland mit den Flüchtlingen aus Syrien erfordere eine schnelle und unbürokratische Hilfe.

1,5 Millionen Menschen hätten ihr vom Bürgerkrieg gebeuteltes Heimatland inzwischen verlassen und Zuflucht in überfüllten und notdürftigen Lagern vor allem im Libanon und in der Türkei gefunden, erklärte Lüttig weiter. "Es ist mehr als eine Frage des Anstands, für einen Teil der Betroffenen die Grenzen nach Deutschland zu öffnen", sagte der Caritasdirektor.

Anlässlich des Weltflüchtlingstages am 20. Juni fordert auch der Deutsche Caritasverband die Bundesregierung auf, eine Lösung für die Menschen zu finden, die auch nach Jahren in Deutschland noch immer keine gesicherte Aufenthaltsperspektive haben. "Ein dauerhafter Duldungsstatus ist für die betroffenen Menschen humanitär inakzeptabel und gesellschaftspolitisch nicht länger vertretbar", erklärte Caritas-Präsident Peter Neher. Ein Leben in Duldung bedeute für die Betroffenen ein Leben in sehr prekären Verhältnissen und in ständiger Angst vor der Abschiebung. (*epd*)

- [Tag des Flüchtlings bei UNHCR.de](http://Tag-des-Fluechtlings-bei-UNHCR.de)
- [UNICEF: Jeder zweite Flüchtling ist ein Kind](http://UNICEF.de)
- www.uno-fluechtlingshilfe.de